

Gegenstand: Bericht des Jugendstadtrates

Sophie Gerdsmeyer und Christian Häuser berichten unter anderem über das sehr gut besuchte Outdoor-Lasertag-Turnier in der Walderholung und über das Treffen mit dem Gebäudemanagement, um über den Zustand der Schulgebäude und dabei insbesondere der Schultoiletten zu sprechen.

Im zweiten Halbjahr finden sowohl am 18. September und am 18. Dezember jeweils um 18 Uhr öffentliche Sitzungen des Jugendstadtrats im Stadtratssitzungssaal statt.

Der ausführliche Bericht ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Hemmerich spricht das geringe Interesse bzw. die niedrige Wahlbeteiligung der Schülerinnen und Schüler an, zwei Schulen beteiligen sich derzeit überhaupt nicht. Er fragt den Jugendstadtrat, inwieweit der Jugendhilfeausschuss oder auch die Stadtratsmitglieder die Wahlbeteiligung in den Schulen fördern könnten.

Herr Häuser antwortet, dass sich viele Schülerinnen und Schüler nichts unter dem Jugendstadtrat vorstellen können. Eine Möglichkeit wäre, den Lehrern aufzuzeigen, welche Chancen und Möglichkeiten der Jugendstadtrat mit sich bringt und dadurch mehr Werbung zu machen. Es wurden auch Plakate gedruckt, die allerdings nicht aufgehängt wurden oder verschwunden sind.

Frau Völcker und Frau Kabs regen an, in den eigenen Institutionen wie beispielsweise dem Schulträgerausschuss Werbung für den Jugendstadtrat zu machen. Wenn der Jugendhilfeausschuss an weiterer Stelle unterstützen kann, soll der Jugendstadtrat gerne auf diesen zukommen.

Gegenstand: **Städt. Spielhaus Sara Lehmann und Stadtteiltreff Nordpol**
 Regelungen zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der Einrichtungen
 Vorlage: 0386/2025

Frau Kabs erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss im Jahr 2022 eine Weiterführung der Beitragsfreiheit in den Einrichtungen Spielhaus Sara Lehmann und Stadtteiltreff Nordpol beschlossen hat, trotz Wegfalls der Spiel- und Lernstuben im novellierten Kita-Gesetz. Dieser Umstand soll heute hinterfragt werden um ein Stimmungsbild zu erhalten.

Frau Weindel-Güdemann verliest eine Stellungnahme des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB), in der sich der DKSB gegen eine Erhebung von Elternbeiträgen ausspricht.

Die Stellungnahme des DKSB ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Queisser spricht sich ebenfalls gegen eine Erhebung von Elternbeiträgen aus. Es sollen weiterhin niedrigschwellige Angebote bleiben, andernfalls werden möglicherweise Kinder, die die Betreuung dringend brauchen, dem Angebot entzogen.

Herr Haupt schließt sich seinen Vorrednerinnen an und unterstützt eine Fortführung der Beitragsfreiheit.

Frau Kabs macht deutlich, dass der Verwaltung bewusst ist, welche wichtige Arbeit die Spiel- und Lernstuben leisten, diese Thematik aber dennoch zur Kenntnis gegeben werden muss. Es handelt sich um keinen Beschluss, sondern nur um ein Stimmungsbild.

Der Jugendhilfeausschuss möchte die Regelung der Beitragsfreiheit wie gehabt beibehalten.

**Gegenstand: Städt. Spielhaus Sara Lehmann - Auslastung -
Beratung zur Fortsetzung der Betreuungsangebote
Vorlage: 0387/2025**

Die Vorsitzende begrüßt das Team des Spielhauses Sara Lehmann.

Herr Stöckel fasst die Vorlage kur zusammen. Das Spielhaus bietet ein wertvolles und niedrigschwelliges Angebot. Seit einiger Zeit wird das Angebot nicht mehr so häufig in Anspruch genommen. Die ursprünglich 25 Plätzen wurden bereits auf 18 reduziert, aktuell sind 12 Kinder im Spielhaus angemeldet, Tendenz sinkend. Bei langfristiger, zu geringer Auslastung können Kürzungen die Personalkostenzuschüsse seitens des Landes vorgenommen werden. Parallel gehen Mitarbeitende in den Ruhestand und können nicht adäquat und zeitnah nachbesetzt werden, was zu einer häufigen Anwendung des Notfallplans führt. Finanziell werden rund 200.000 Euro für 12 Kinder aufgewendet. Sollte das Angebot des Spielhauses eingestellt werden, werden die verbliebenen Kinder in andere Einrichtungen integriert und die Familien dabei unterstützt. Möglicherweise wird dies bereits zum Ende des Kalenderjahres in Erwägung gezogen, entgegen den Informationen in der Vorlage.

Frau Queisser möchte wissen, ob es möglich wäre, die Einrichtung an einen anderen Standort zu verlegen, um dort mehr Zulauf zu erhalten, beispielsweise in Speyer West.

Herr Stöckel erwidert, dass eine Standortverschiebung zum einen aufgrund fehlender Räumlichkeiten in Speyer West nicht möglich ist, zum anderen wird im Sinne der Inklusion eine dezentrale Unterbringung angestrebt. Die Einrichtung wird hauptsächlich von Familien die von Obdachlosigkeit betroffen oder bedroht sind genutzt. Diese sollen nicht weiter gebündelt, sondern mit anderen Familien gemischt werden.

Herr Buhl erkundigt sich über die Mehrkosten eines Betreuungsplatzes im Vergleich zu anderen Einrichtungen und ob die Betreuung von Ü2- und Ü6-Kindern auch zusammen in einer Gruppe stattfinden kann.

Herr Stöckel antwortet, dass die Kosten trägerabhängig sind und ein Platz im Spielhaus ca. 20 % bis 30 % Mehrkosten als ein Hortplatz in einer anderen Einrichtung verursacht. Das liegt auch an der Größe der Einrichtung, größere Einrichtungen sind einfach wirtschaftlicher. Eine gleichzeitige Betreuung von Ü2- und Ü6-Kindern ist nur möglich, wenn es getrennte Gruppen und Räume gäbe. Jede Gruppe bräuchte beispielsweise seine eigenen Sanitärräume, dafür sind jedoch nicht genügend Räume vorhanden.

Frau Völcker bittet darum, den Übergang der verbliebenen Kinder in den Beschluss mit aufzunehmen, damit diese gut begleitet werden. Aufgrund der Situation stimmt das Landesjugendamt möglicherweise auch einer kurzfristigen Überbelegung in betroffenen Einrichtungen zu.

Herr Haupt schlägt vor, bezüglich der Übernahme von Kosten an die Kirchen heranzutreten beziehungsweise Gespräche zu führen.

Herr Stöckel entgegnet, dass derzeit die Rahmenvereinbarung verhandelt wird und sich die Kirchen zurückziehen und die Stadt somit bereits viele Kosten für die Kirchen übernehmen. Aus diesem Grund ist es eher nicht vorstellbar, dass die Kirchen sich hier beteiligen.

Herr Buhl stellt die Rückfrage, ob bei der Verteilung auf die Schulbezirke der Kinder geachtet werden wird. Herr Stöckel bejaht dies.

Frau Estevez-Aneiros (Leitung Spielhaus Sara Lehmann) wird das Wort erteilt. Sie betreut seit 39 Jahren Kinder im Spielhaus und es ist ihr wichtig, dass die Familien weiterhin gut betreut werden. Für einige wird die Schließung vermutlich sehr unerwartet kommen. Die Kinder im Spielhaus benötigen besonders viel Unterstützung, die sie dann unbedingt bekommen müssen.

Herr Hemmerich möchte wissen, was mit den Mitarbeitenden der Einrichtung passiert. Herr Stöckel antwortet, dass die Betroffenen an anderer Stelle eingesetzt werden, es gibt bereits Lösungen.

Die Vorsitzende betont noch einmal, wie wertvoll die Arbeit im Spielhaus ist. Eben durch die sehr gute Arbeit hat sich das Spielhaus in gewisser Weise überflüssig gemacht. Auch der Verwaltung fällt dieser Schritt schwer, dennoch muss darüber informiert, diskutiert und letztendlich auch entschieden werden. In der heutigen Sitzung wurde nur informiert, im kommenden Jugendhilfeausschuss im September wird dann über den Beschluss entschieden.

Gegenstand: Kinderhort Fliegendes Klassenzimmer (FLIK)
Übertragung der Betriebsträgerschaft auf die Diakonissen Speyer
Vorlage: 0388/2025

Frau Kabs begrüßt Mitarbeitende und Weggefährten des Fliegenden Klassenzimmers und bedankt sich insbesondere bei Angela Sachweh und Alfred Zimmermann, die besonders viel Engagement in die ehrenamtliche Trägerschaft des Horts eingebracht haben. Nach 30 Jahren gibt es nun eine Veränderung der Betriebsträgerschaft: Zum 01.01.2026 wird die Trägerschaft an die Diakonissen Speyer übergehen.

Frau Völcker bedankt sich in ihrer Funktion als Trägervorteiler der Diakonissen sowohl beim derzeitigen Vorstand für das Vertrauen als auch bei der Stadtverwaltung für die gute Organisation und Vermittlung.

Herr Sandmann gibt in Anlehnung an die Rückfrage von Herrn Haupt in TOP 3 zu Protokoll, dass die Diakonissen ein kirchlicher Träger sind und sich die Kirche somit an dieser Stelle engagiert hat.

Gegenstand: Kindertagespflege
Anpassung der Regelung zur Bezuschussung der Eingewöhnung von U2- und Ü2-Kindern in Kindertagespflege
Vorlage: 0389/2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Zum 01.01.2026 werden die Regelung zur Bezuschussung der Eingewöhnung von U2- und Ü2-Kindern in Kindertagespflege angepasst.

Im Monat vor Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung werden der Kindertagespflegeperson 50% der zukünftigen erforderlichen Betreuungsstunden (max. 20 Wochenstunden) als lfd. Geldleistungen gewährt.

Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.2018 wird aufgehoben.

Gegenstand: Ganztagsförderungsgesetz - Ferienbetreuung
Vorlage: 0390/2025

Frau Ay und Frau Werner stellen den aktuellen Stand zum Ganztagsförderungsgesetz vor und gehen dabei unter anderem auf die aktuelle Angebotsstruktur, Maßnahmen sowie eine Elternbefragung ein und geben einen Ausblick.

Die ausführliche Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Buhl möchte wissen, ob die Schließzeitenregelung tatsächlich bedeutet, dass außerhalb der Ferien keine Schließzeiten mehr zulässig sind und ob das Windhundverfahren bei der Anmeldung in der Walderholung zur Folge hat, dass ältere Kinder eventuell keinen Platz mehr bekommen würden.

Herr Stöckel bejaht die Frage zur Schließzeitenregelung, die Verwaltung habe aber noch nicht die perfekte Lösung um das tatsächlich so unter einen Hut zu bekommen, da Personalausfälle, Urlaubstage etc. ein organisatorisches Hindernis sind. Auch ist korrekt, dass möglicherweise ältere Kinder bei der Anmeldung in der Walderholung keinen Platz mehr erhalten. So soll sichergestellt werden, dass der Rechtsanspruch erfüllt wird.

Herr Lehn-Schwarzer ergänzt, dass die Umsetzung des GaFöG ein Lernprozess sein wird. Es ist unklar, wie hoch der Bedarf tatsächlich sein wird. Gegen Ende des Jahres soll deshalb eine weitere Befragung stattfinden.

Frau Queisser fragt, ob das GTS-Angebot auch für Förderschüler zur Verfügung steht. Herr Stöckel erwidert, dass es auf den Stand der Beeinträchtigung ankomme, für manche werden wahrscheinlich individuelle Lösungen benötigt.

Gegenstand: **Zweckvereinbarung Adoptionsvermittlungsstelle;
Neufassung der Vereinbarung aufgrund des beabsichtigten Beitritts des Land-
kreises Bad Dürkheim
Vorlage: 0391/2025**

Die Vorsitzende erläutert, dass aufgrund des Hinzukommens des Landkreises Bad Dürkheim eine Neufassung der Zweckvereinbarung beschlossen werden muss.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig die folgende **Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Städten Ludwigshafen, Frankenthal und Neustadt an der Weinstraße sowie dem Rhein-Pfalz-Kreis und dem Landkreis Bad Dürkheim eine Zweckvereinbarung gem. § 12 Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle im Sinne von § 2 Adoptionsvermittlungsgesetz zu schließen.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Herr Lehn-Schwarzer informiert über die Aktionswoche zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt vom 01.09. bis 06.09.2025. Es wird reichlich Veranstaltungen und Vorträge zum Thema geben, viele Akteure werden vor Ort sein.

Herr Stöckel teilt mit, dass die beiden Träger der Kita-Sozialraumarbeit (KiSa) die neu geschaffenen Stellen besetzen konnten und es in Speyer somit 7 KiSa-Vollzeitstellen gibt.

Frau David-Wadle berichtet von Infomaterial zum Thema Cybermobbing, welches derzeit an Grundschulen verteilt wird.

Frau Völcker informiert über den kommenden 3. Kinder- und Jugendhilfefachtag der am 16.09.2025 stattfinden wird.

Der Flyer ist dem Protokoll beigelegt.

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 18.06.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr.

Gegenstand:

Monika Kabs

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 18.06.2025

5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 18.06.2025 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!